

Die Entwicklungsmöglichkeiten des alten Qingdao-Hafens sind, da stadtnah, begrenzt. Die Umschlagfähigkeit wird sich mehr und mehr in Richtung Qingdao verlagern. Der dortige Ölterminal wird gerade auf eine Kapazität von jährlich 30 Mio.t ausgebaut, in Qianwan entstehen in einer ersten Baustufe Anlagen für 17 Mio.t Fracht. Die Kapazität des Gesamthafens soll bis zur Jahrtausendwende auf ca. 70 Mio.t anwachsen.

Qingdao kann seine Exportgeschäfte seit 1988 direkt abwickeln und genießt in Fragen des Wirtschaftsmanagements Provinzrecht. Für Prüfung und Genehmigung von Investitionsprojekten mit ausländischer Beteiligung sowie Fragen im Vorfeld solcher Vorhaben ist das städtische Dienstleistungszentrum für Auslandsinvestitionen in Qingdao zuständig. (NfA, 28.3.90) -lou-

*(38)

Shenzhen gründet Zoll-Industriezone

Die Stadtverwaltung von Shenzhen hat ein Programm für eine zollüberwachte Industriezone an der chinesischen Grenze der Wirtschaftszone Shenzhen zu Hongkong verkündet. Sie beauftragte die China Shenzhen International Economic and Technological Cooperation, die Futian Bonded Industrial Zone zu errichten.

Wie berichtet wird, sind die Errichtungspläne bereits abgeschlossen. Es wird erwartet, daß mit der Einrichtung bald begonnen werden kann.

Die geplante zollüberwachte Industriezone umfaßt 1,67 qkm mit 100.000 Einwohnern. Das gesamte Gebiet soll zollsicher umfriedet und von der Zollverwaltung überwacht werden. Die Personen- und Zollabfertigung werden vereinfacht. Dazu wird eine einheitliche Verwaltung unter Leitung eines Bevollmächtigten der Stadt Shenzhen eingerichtet.

Produktionsmittel, einschließlich der Maschinen und anderen Ausrüstungsgegenstände, werden zollfrei abgefertigt. Sämtliche Mittel zum Lebensunterhalt liefert zollfrei die Shenzhen City Dutyfree Co.

Die Errichtung dieser zollüberwachten Industriezone verfolgt den Zweck, mehr ausländisches Kapital anzuziehen und damit exportorientierte Unternehmen zu errichten. (NfA, 1.3.90) -lou-

*(39)

Großkredit für CITIC

Einer der größten Einzelkredite, der jemals an einen staatseigenen Konzern der Volksrepublik China vergeben wurde, wurde am 22.3.1990 in Hongkong unterschrieben. Eine Gruppe von 36 Banken wird dem staatseigenen multinationalen Konzern China International Trust and Investment Corporation (CITIC) einen Kredit in Höhe von umgerechnet 1,82 Mrd.DM geben.

Konsortialführer sind 19 Banken, darunter neben japanischen auch zwei deutsche Institute - die Dresdner Bank und die Westdeutsche Landesbank. Bei der Zuteilung der überzeichneten Ausschreibung erhielten beide jeweils 450 Mio.H\$. Davon gehen allerdings Anteile an später hinzugekommene Banken ab. An dem auf 36 Banken vergrößerten Syndikat beteiligen sich mit je 100 Mio.H\$ zwei weitere deutsche Banken, nämlich die DG-Bank und die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank. Die Deutsche Bank und die Commerzbank lehnten eine Beteiligung ab.

CITIC muß einen hohen Preis für den Kredit und damit die Rechnung für das Tiananmen-Massaker im vergangenen Juni in Beijing zahlen. Die Konditionen betragen 1-Prozent-Punkt über HIBOR (Hongkong Interbank Rate). Die CITIC will mit dem Kredit 20% an Hongkong Telecommunications kaufen, deren größter Aktionär Cable and Wireless (London) mit bislang 55% ist. (HB, 21.3.90) -lou-

Binnenwirtschaft

*(40)

Angespannte Lage des Staatshaushaltes

In einem Bericht über die Ausführung des Staatsbudgets für das Jahr 1989 und über den Entwurf des Staatsbudgets für das Jahr 1990 an die 3.Tagung des 7.Nationalen Volkskongresses erklärte Finanzminister Wang Bingqian, daß Anstrengungen unternommen werden sollten, um das Defizit zu verringern. Des weiteren sollte der Widerspruch, der in der Lücke zwischen der gesamten sozialen Nachfrage und dem Angebot liegt, beseitigt werden.

Wie Wang ausführte, beliefen sich nach den gegenwärtigen Schätzungen die staatlichen Einnahmen im Jahre 1989 auf 291,92 Mrd. Yuan oder 102,2% der geplanten Summe. Die gesamten Staatsausgaben beliefen sich auf 301,455 Mrd. Yuan (102,9%). Auf diese Weise ergab sich ein Defizit in Höhe von 9,535 Mrd. Yuan.

Die gesamten Einnahmen schließen ausländische Kredite in Höhe von 13,42 Mrd. Yuan ein sowie Einnahmen aus inländischen Schuldverschreibungen in Höhe von 14,01 Mrd. Yuan. Die Defizite wurden von Minister Wang durch folgende Faktoren erklärt: Im Jahre 1989 hätten die Erhebungen sowie die konterrevolutionäre Rebellion ernste Verluste für die Volkswirtschaft entstehen lassen. Maßnahmen, die auf die Erhöhung der Einnahmen gerichtet waren, wurden wegen der Situation entweder verschoben, im Umfange reduziert oder überhaupt nicht eingeführt. Die lokalen Behörden hatten ihre Ausgaben für die Landwirtschaft, für Erziehung, für Wissenschaft und Technologie sowie für Katastrophenhilfe erhöht.

Entsprechend dem Entwurf des Staatsbudgets für 1990 werden die gesamten staatlichen Einnahmen 323,653 Mrd. Yuan betragen, die gesamten Ausgaben sollen sich auf 332,545 Mrd. Yuan belaufen. Dies bedeutet ein Defizit in Höhe von 8,892 Mrd. Yuan. Bezieht man die einheimischen und die ausländischen Schulden in das Defizit ein, so beläuft sich die gesamte Defizitsumme auf 42,335 Mrd. Yuan.

Wang erklärte weiter, daß man die Gefahr, die mit einem Defizit verbunden sei, voll erkennen müsse. Man müsse damit beginnen, sich auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt hinzubewegen. In diesem Jahr seien 12,4 Mrd. Yuan für die Tilgung einheimischer Schulden angesetzt worden, für die Bedienung von Auslandsschulden seien 7 Mrd.Yuan angesetzt worden. Die Summe, die für die Unterstützung der ländlichen Produktion und andere Aufgaben in der Landwirtschaft angesetzt worden ist, beläuft sich in diesem Jahr auf 21,481 Mrd. Yuan, das übersteigt die Vorjahressumme um 7,9%.

Die gesamten Ausgaben für die Erziehung im Budget des Jahres 1990 werden sich auf 48,406 Mrd. Yuan belaufen, das ist ein Anstieg von 4,348 Mrd. Yuan gegenüber dem Vorjahr. Die

Ausgaben für die nationale Verteidigung sind für 1990 mit 28,97 Mrd. Yuan angesetzt worden, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 15,2%. (XNA, 22.3.90) -lou-

*(41) Finanzmarkt Shanghai

Im Jahre 1989 setzte Shanghais Finanzmarkt mehr als 800 Mio. Wertpapiere und Devisen im Werte von 1 Mrd. US\$ um. Damit war dieser Finanzmarkt der größte in der Volksrepublik.

Im Jahre 1986 hatte die Volksrepublik damit begonnen, wiederum Wertpapierbörsen zu öffnen. Den Anfang machte Shenyang, eine Stadt im Nordosten Chinas, doch Shanghai folgte bald. In Shanghai gibt es nun nahezu 30 Einheiten für den Handel mit Aktien sowie drei Börsengesellschaften. Im Markt werden ca. 26 Arten von Wertpapieren gehandelt, darunter staatliche Anleihen sowie Anleihen von Unternehmen und Beteiligungsscheinen.

Der Börsenplatz Shanghai habe nach und nach immer mehr Wertpapiere aus anderen Teilen des Landes angezogen.

Man nehme nur den Handel in Staatsanleihen als Beispiel. In den letzten beiden Jahren setzte der Markt in Shanghai staatliche Anleihen im Werte von mehr als 1 Mrd. Yuan um, während sich der Wert der von den Einwohnern der Stadt erworbenen staatlichen Anleihen auf ca. 400 Mio. Yuan belief. Eine vorsichtige Schätzung besagt, daß jedes Jahr ca. 300 Mio. Yuan in Staatsanleihen nach Shanghai aus anderen Teilen des Landes flossen.

Die Wertpapiertransaktionen in Shanghai machten die Hälfte der gesamten Transaktionen des Landes aus. Insofern wurde die Stadt zum nationalen Zentrum für den Handel mit Wertpapieren.

Vor zwei Jahren begann der Devisenhandel in Shanghai. Ursprünglich sollte den ausländischen Investoren eher die Gelegenheit gegeben werden, Devisen mit ihren in der Volksrepublik erwirtschafteten Gewinnen zu erwerben. Später wurde der Devisenhandel erweitert; er schließt nun auch einheimische Unternehmen und Institutionen ein, die über Devisen verfügen.

Der Markt ist nun vollständig in die bestehende Wirtschaftsstruktur der Stadt integriert worden, was auf die verbesserten Bedingungen für Investitionen und finanzielle Operationen in Shanghai hindeutet.

In Shanghai befassen sich fast alle Unternehmen mit ausländischen Investitionen mit entsprechenden Devisentransaktionen, um ihre Devisenbilanz auszugleichen. Einheimische Außenhandelsunternehmen sowie Industrieunternehmen, die selbst exportieren können, nutzen ebenfalls den Devisenmarkt. Das bedeutet, daß das Ansteigen oder Fallen des Wechselkurses des Yuan beträchtliche Auswirkungen auf die Wirtschaft der Stadt hat.

Nach Auskunft der Zeitung *Financial News* vom 13.2.1990 seien die Methoden des Devisenmarktes in Shanghai eher mit internationalen Praktiken zu vergleichen als die Methoden für die Wertpapierbörse.

Der Devisenmarkt öffnet an vier Tagen in der Woche, wobei die Schlußnotierung des Vortages die Eröffnungsnotierung für den laufenden Tag darstellt. Der Preis des US-Dollars wird nicht offiziell festgelegt, sondern unterliegt dem freien Wettbewerb. Die Volksbank als Zentralbank der Volksrepublik interveniert manchmal in den Markt, doch nur mit wirtschaftlichen Maßnahmen. Im Jahre 1989 fiel der Wechselkurs des US-Dollars dramatisch, die Volksbank kaufte dreimal US-Dollar an, um den Kurs zu pflegen, d.h. um ein weiteres Absacken zu verhindern.

In einem gewissen Umfang sei der Devisenmarkt zu einem Barometer für die wirtschaftliche Situation des Landes geworden. In der ersten Hälfte des Jahres 1989, als die Sparsamkeitspolitik des Landes noch keine tatsächlichen Ergebnisse gezeitigt hatte, stieg der Wechselkurs des US-Dollars ständig. Dies zeigte ein übermäßiges Wirtschaftswachstum an, und die Inflation war noch nicht unter Kontrolle gebracht worden. Es waren zu große Mengen Yuan im Umlauf, doch das Angebot an Devisen war zu knapp. In der zweiten Hälfte des Jahres 1989, als die Sparsamkeitspolitik erste Resultate zeigte, sank der Preis des US-Dollars beträchtlich.

Wie die genannte Zeitung schrieb, sei Shanghai ein wichtiges Finanzzentrum für den Fernen Osten gewesen. In den

1990 Jahren würde die Finanzreform einen wichtigen Beitrag für die geplante Restaurierung dieses ehemaligen Status der Stadt spielen.

Spezialisten hätten die folgenden Überlegungen angestellt:

- Die Stadt solle nach und nach die Methoden für den Wertpapiermarkt standardisieren und normalisieren. Direkte Transaktionen sollten durch indirekte Transaktionen ersetzt werden. Vom Jahre 1990 an solle sich Shanghai für die Errichtung einer formalen Wertpapierbörse sowie einer städtischen Handelsorganisation für handelbare Wertpapiere vorbereiten. Auf der Grundlage der bestehenden Regeln sollten lokale Gesetze erlassen werden, die den Handel mit Wertpapieren regeln.

- Shanghai sollte seinen Devisenmarkt weiter öffnen, und zwar auch für Einzelpersonen. In der Zwischenzeit solle die Volksbank als Zentralbank die Fonds erhöhen, die für den notwendigen Interventionen benötigt würden. Shanghai sollte als Ausgangspunkt genommen werden, und aus dem nationalen Zentrum für Devisenhandel sollte schließlich ein internationales Zentrum werden. (CD, 3.3.90) -lou-

*(42) Extrakredite zur Anregung des Wachstums

Gegenwärtig werden neue Anstrengungen unternommen, um die bescheidene Wachstumsrate der Wirtschaft (geplant ist ein jährliches Wachstum von 6%) auch unter dem gegenwärtigen Sparsamkeitsprogramm zu erreichen. Zu diesen Maßnahmen gehört die Genehmigung von zusätzlichen Krediten für die Industrie und den Handel.

Nachdem das staatliche Bankensystem seinen Plan angekündigt hatte, 26,4 Mrd. Yuan als Kredite in der ersten Hälfte des Jahres 1990 zu vergeben, wurde Ma Jiantang vom Forschungszentrum des Staatsrates über diese Entschlüsse der Wirtschaftsbehörden von Reportern der Zeitung *China Daily* interviewt.

Ma erklärte, die think-tanks des Staatsrates seien kürzlich zusammengekommen, um Maßnahmen gegen das langsame Wachstum zu entwerfen. Die

Wirtschaftsspezialisten hätten neue Kredite an große Industrieunternehmen, die mit der technologischen Verbesserung befaßt seien, sowie niedrigere Kreditraten für Handelsunternehmen vorgeschlagen. Dies bedeutet, daß das Sparsamkeitsprogramm in diesem Jahr etwas gelockert werde.

Das Sparsamkeitsprogramm im Jahre 1989 sei hinsichtlich der Erreichung von zwei Zielen erfolgreich gewesen: die Verringerung der Geldmenge (einschließlich des Investbaus) und die Verringerung der Inflation.

Das Zentrale Statistikamt hatte berichtet, daß der Bruttoproduktionswert der Industrie im Jahre 1989 2.190 Mrd. Yuan betragen habe, ein Zuwachs von 8,3% gegenüber 1988. Die Wachstumsrate der Industrie im Jahre 1988 gegenüber dem Vorjahr hatte 20,7% betragen. Die Statistiken zeigten auch, daß die Inflationsrate von 27% im Januar 1989 auf 6,4% im Dezember 1989 gesunken sei.

Um die Industrie jedoch vor einem zu schnellen Rückgang zu bewahren, hätten die zentralen Behörden im letzten Quartal des Jahres 1989 120 Mrd. Yuan in der Industrie investiert; in den ersten neun Monaten des Jahres 1989 seien nur 60 Mrd. Yuan investiert worden.

Bislang habe aber nach Angaben von Ma der Markt keine Zeichen von Ergebnissen aufgrund dieser Kapitalzufuhren gezeigt. Im Januar 1990 sei die Wachstumsrate der Industrie um 6,1% im Vergleich zur Vorjahresperiode gesunken. Die Wachstumsrate während der ersten zehn Tage des Monats Februar 1990 war 8% weniger als in der Vergleichsperiode des Januar 1990.

Dies habe die Behörden veranlaßt, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Wirtschaft anzuregen. Ma und seine Kollegen hätten die folgenden Punkte vorgeschlagen:

1. Es sollten keine weiteren Streichungen hinsichtlich der Investitionen vorgenommen werden. Der Umfang der Investitionen in das Anlagevermögen war um ca. 5 Mrd. Yuan zurückgeschnitten worden, das bedeutete eine Abnahme von 11% gegenüber dem Jahre 1988. Ein Ergebnis war, daß die Nachfrage nach Baumaterialien

nicht mehr übermäßig hoch war. Vielleicht war sie bereits in den letzten Monaten zu schwach, um den Handel und die Produktion von Zement und Stahl aufrechtzuerhalten. Ma fügte hinzu, daß auch für die Leichtindustrie und die Textilindustrie mehr Spielraum gegeben werden sollte.

2. Größere finanzielle Unterstützung sollte jenen Unternehmen gewährt werden, die an technologischen Verbesserungen arbeiteten. Im Jahre 1989 wurden nur 78 Mrd. Yuan für diese Zwecke investiert, das bedeutete ein Absinken von 20,5% im Vergleich mit dem entsprechenden Fonds für das Jahr 1988.

3. Um die Inflation einzuschränken, müßte die Führung das Überwachungssystem hinsichtlich der gesamten Wirtschaftssituation verbessern. Ein moderates Ansteigen der Investitionen und eine Reduzierung der Zinsraten sollten nicht ein schnelles Wachstum hinsichtlich der Konsumnachfrage auslösen. Die Preisbewegungen im Markt werden sorgfältig beobachtet. Seit 1988 hätte sich auch die Konsumstruktur verändert. Damals hätten Panikkäufe von dauerhaften Konsumgütern und elektronischen Gütern in vielen Großstädten stattgefunden. Ein beträchtlicher Anteil der städtischen Haushalte hätte Farbfernsehgeräte, Waschmaschinen, Kühlschränke und Kassettenrekorder gekauft.

Deswegen gäbe es in der Leicht- und Textilindustrie einen beträchtlichen Wettbewerb, und zwar trotz der Tatsache, daß die Geldmenge zurückgenommen worden sei. Deswegen müßten diese Industriezweige neue Produkte entwickeln, anstatt Güter zu produzieren, die die meisten Familien bereits gekauft hätten. Sowohl die Industrie als auch der Handel hätten hohe Lagerbestände. Dies würde auch dazu beihelfen, die Preise zu stabilisieren.

4. Wichtig für die Preisstabilität seien stabile Finanzmärkte. Dies bedeutete, daß die Zinsrate für persönliche Einlagen intakt bleiben sollte, und zwar unabhängig davon, welche anderen ökonomischen Hebel bewegt

würden. Die zentralen Behörden sollten darauf achten, daß die Preissteigerungsrate niemals höher sei als die Zinsrate für die Konten der Privaten.

5. Um die Inflation zu vermeiden, sollten die Behörden sorgfältig mit der Terminierung der Preisreform umgehen. Die Preisreform sei lange als notwendiger Schritt hinsichtlich der Umstrukturierung der gesamten Wirtschaft angesehen worden. China sollte weitere Schritte in der Preisreform unternehmen, wenn Angebot und Nachfrage auf dem Markt grundlegend ausgeglichen seien. Anderenfalls sollte die Preisreform verschoben werden. (CD, 9.3.90) -lou-

*(43)

Hohe Verschuldung der Unternehmen wächst

Die Zahl der Unternehmen, die mit ihren Schuldenrückzahlungen im Rückstand sind, nimmt zu, und zwar trotz der Bemühungen der Regierung, dieses Problem zu lösen. Die ausstehenden Schulden belaufen sich gegenwärtig auf 110 Mrd. Yuan. Einige Ökonomen forderten, daß die Regierung mehr tun müßte, um das Problem zu lösen. Die Regierung solle mehr Geld in die Wirtschaft pumpen und eine Spezialbank errichten, die sich der Schulden annehmen solle. Eine schnelle Reaktion der Zentralregierung wurde auch deswegen gefordert, weil die zunehmende Verschuldung das Land in eine Rezession treiben könnte.

Die Klärung hinsichtlich des Schuldenberges von 110 Mrd. Yuan würde dem Land insbesondere in einer Zeit helfen, in der viele Unternehmen die Banken nicht mehr überzeugen können, ihnen Geld zum Zwecke der Produktion zu leihen. Der Grund ist natürlich die restriktive Geldpolitik. Viele Unternehmen sind bereits gezwungen, entweder die Produktion zurückzunehmen oder sie ganz zu stoppen, entweder weil sie selbst anderen Geldschulden, oder weil andere Unternehmen ihnen Geld schulden.

Einige chinesische Städte, beispielsweise Dalian in Nordchina, haben versucht, Kredite zu vergeben, um den Unternehmen zu helfen, ihre Schulden zu begleichen. Die ersten Ergebnisse

einer solchen Politik können als erfolgreich bezeichnet werden. Die Stadtregierung von Dalian hat sich bereiterklärt, die Schulden der Stadt - die insgesamt 2,8 Mrd. Yuan betragen - in verschiedenen Stufen zu regulieren.

Die Stadtregierung errichtete zu diesem Zweck Sonderbüros unter der Leitung des Bürgermeisters und des stellvertretenden Bürgermeisters, die die Aufgabe hatten, das Problem zu untersuchen. Dann wurden sechs große Unternehmen in der Stadt ausgesucht, denen man bei der Rückzahlung ihrer Schulden half bzw. auch Unterstützung dabei gab, ausstehende Schulden von anderen Unternehmen einzutreiben.

Beispielsweise konnte das Stahlwerk Dalian, eines der größten des Landes, keine Rohmaterialien für die Produktion mehr kaufen, und zwar wegen der aufgelaufenen Schulden. Im Januar 1990 hatte das Unternehmen Außenstände in Höhe von 250 Mio. Yuan, während es anderen Unternehmen 175 Mio. Yuan schuldete. Die Stadtregierung nahm Kontakt mit diesen Unternehmen auf und drängte sie, ihre Schulden an das Stahlunternehmen zurückzahlen. Die Regierung bat auch die Banken, 10,5 Mio. zur Verfügung zu stellen, damit das Unternehmen seine Schulden zurückzahlen könne. Das Unternehmen hat nun genügend Betriebsmittel, um die normale Produktion aufrechtzuerhalten.

Auf diese Art und Weise half die Stadtregierung 216 Unternehmen, insgesamt 334 Schuldenfälle zu regulieren; der Gesamtumfang dieser Schulden betrug 360 Mio. Yuan. Diese Bemühungen halfen mit dazu bei, die industrielle Wachstumsrate der Stadt im Februar 1990 um 12,7% anzuheben - im Vergleich mit derselben Periode des Vorjahres.

Ein neuer Schritt in dieser Bewegung besteht darin, daß die Stadtregierung von Dalian mit sechs großen anderen Städten in Nordchina zusammenarbeitet, um das Schuldenproblem zu lösen. Vom 7. bis zum 12. März 1990 soll das gemeinsame Komitee dieser Städte insgesamt 2.232 Fälle von rückständigen Schulden für 1.129 Unternehmen gelöst haben; der Gesamtumfang der Schulden belief sich auf 1,9 Mrd. Yuan.

Andere Teile des Landes waren jedoch bislang nicht so erfolgreich wie Dalian. Nach Statistiken der Shanghaier Indu-

strie- und Handelsbank hatten die Materialversorgungs- und Handelsabteilungen der Stadt Anfang Februar 1990 Außenstände in Höhe von 2,2 Mrd. Yuan. Bankenexperten erklärten, daß es nicht leicht sei, diese Außenstände einzutreiben. Beispielsweise steckten die Finanzmittel von einigen der Unternehmen, die mit ihren Schuldenzahlungen in Rückstand geraten sind, in großen Lägern von Rohmaterialien und Fertigprodukten. Ökonomen haben deswegen vorgeschlagen, daß die Regierung ihre restriktive Geldpolitik lockern und die Zinssätze für Kredite verringern solle.

Seit Anfang des Jahres 1989 hat die Regierung unspezifizierte Kredite zur Verfügung gestellt, um den Unternehmen zu helfen, ihre Schulden abzulösen. Die Ergebnisse sind jedoch nicht so gut gewesen. Die Kredite hätten statt dessen an die Handelsabteilungen vergeben werden sollen, um sie in die Lage zu versetzen, mehr Produkte von Fabriken mit hohen Lagerbeständen zu kaufen. (CD, 18.3.90)

Die geschilderten Verhältnisse ließen ein Manko der chinesischen Volkswirtschaft offen. Es sind nicht die Marktkräfte, die die Schuldenregulierung herbeiführen. Statt dessen müssen administrative Institutionen eintreten, um die schlimmsten Mißstände zu beseitigen. Die Verwaltungsinstitutionen handeln nicht immer nach ökonomischen Gesichtspunkten, vielmehr spielen politische Verbindungen sehr häufig eine große Rolle. Des weiteren ist es so, daß viele Unternehmen sich auch nicht besonders anstrengen, um ihre Schulden zu begleichen. Noch immer können sie darauf vertrauen, daß die politischen Instanzen eintreten, wenn die Situation brenzlig wird. Die Sanktionsmechanismen des Justizwesens sind unzulänglich, sie schrecken deswegen auch nicht ab. -lou-

*(44)

1990 fünf Satellitenstarts

Nach Auskunft des Ministeriums für Aeronautik und Astronautik in Beijing wird die Volksrepublik im Jahre 1990 insgesamt fünf Satelliten für unterschiedliche Funktionen im Auftrage sowohl einheimischer als auch ausländischer Kunden starten. Das Entwicklungsprogramm für das Jahr 1990 beinhaltet auch zehn wichtige Experimentalprojekte im Bereich der Luftraumtechnologie.

Ein Sprecher des genannten Ministeriums erklärte, diese Projekte seien Teil der Anstrengungen des Ministeriums, seine zivile Produktion auszudehnen. Im Jahre 1990 soll die Produktion um 6% gegenüber dem Vorjahr steigen. 1989 bezog sich etwa die Hälfte der Umsätze in der Industrie auf zivile Produkte.

Der Sprecher erklärte, man hätte Vertrauen in seine Fähigkeiten in diesem Hochtechnologiebereich, und zwar trotz der Tatsache, daß China immer noch ein Entwicklungsland sei. Er bestätigte, daß das Ministerium alle mit ausländischen Kunden abgeschlossenen Verträge erfüllen werde; man sei bereit, ähnliche Verträge abzuschließen.

Die Volksrepublik werde sehr bald ihre modifizierten Raketen vom Typ Langer Marsch III dazu nutzen, den Telekommunikationssatelliten Asia Sat-I in den Weltraum zu schießen. Dies im Auftrage der Asia Satellite Telecommunications Co. Ltd. in Übereinstimmung mit einem Vertrag, der im Januar 1988 abgeschlossen worden war. Dieser von Hughes Airplane aus den Vereinigten Staaten hergestellte Satellit befindet sich bereits im Xichang-Weltraumzentrum in der südwestlichen Provinz Sichuan und warte auf den Start.

In seiner Umlaufbahn würde Asia Sat-I im wesentlichen Fernsehprogramme übertragen; der Satellit sei in der Lage, fast ganz Asien zu erreichen. Dies markiere Chinas Eintritt in den internationalen Markt für Luftraumtechnik.

Der erfolgreiche Abschluß des fünften Telecom-Satelliten in Xichang am 14. Februar 1990 - des ersten einer Serie von fünf, die für dieses Jahr geplant sei - diene als Probeschuß für den Asia Sat-I-Satelliten.

Die anderen drei Satelliten würden während der zweiten Hälfte des Jahres 1990 in den Weltraum geschossen. Darunter befinde sich der zwölfte wiederverwendbare Satellit für Luftüberwachung, der von einer Rakete des Typs Langer Marsch II befördert würde. Ein mit Solarzellen angetriebener Satellit für die Wettervoraussage würde von der modifizierten Rakete des Typs Langer Marsch IV befördert werden; ein Experimentalsatellit hätte seinen Träger - eine neue Rakete - zu testen.

Die Volksrepublik würde auch zwei in den Vereinigten Staaten hergestellte Telekommunikationssatelliten für eine australische Satelliten-Gesellschaft starten. Man habe gerade die Ausschreibung für den Abschluß des dritten arabischen Satelliten für die arabischen Organisation für Satelliten-Kommunikation (Arabsat) gewonnen; der Start soll Ende 1991 erfolgen.

Nach Aussagen des Sprechers des Ministeriums habe China bislang 26 Satelliten für verschiedene Zwecke erfolgreich gestartet. Während des 8. Fünfjahresplans (1991-1995) plane die Industrie, Dutzende neuer Satelliten in den Weltraum zu schießen, und zwar zu Zwecken der Telekommunikation, der Wettervoraussage, der Erforschung von Erdressourcen sowie anderen Überwachungsaufgaben.

Die Volksrepublik China und Brasilien hätten, nach Informationen der Zeitung *China Daily*, ihre vorläufigen Studien über eine Zusammenarbeit beendet, die einen Satelliten zur Erforschung weltweiter Ressourcen zum Inhalt hat. Beide Länder sind nun bereit, die Arbeiten über einen Prototyp zu beginnen. Dieses Projekt könnte für beide Länder enormen wirtschaftlichen Nutzen bringen und ein Beispiel für die Zusammenarbeit im Bereich der Hochtechnologie zwischen zwei Drittweltländern bilden. (CD, 2.3.90) -lou-

*(45)

Großes Polyester-Projekt

In der Volksrepublik China soll in der ersten Jahreshälfte 1991 die größte Anlage der Welt zur Produktion von jährlich 500.000 t Polyester in Betrieb genommen werden.

Der Komplex in der Nähe von Yizheng in der Küstenprovinz Jiangsu ist in erster Linie dazu bestimmt, der prekären Knappheit der chinesischen Bekleidungsindustrie an Kunstfasern beizukommen. Mit der Durchführung dieses Vorhabens im Werte von 2,8 Mrd. Yuan ist das Staatsunternehmen Yizheng Chemical Fibre Industrial Corp. befaßt. Nach Angaben des Ministeriums für die Textilindustrie wird die Fertigstellung des Großprojektes die Volksrepublik in die Lage versetzen, als Herstellerland von Polyester auf den 4. Rang hinter den USA, Japan und der Sowjetunion vorzurücken. Gegenwärtig beläuft sich die Produktion von synthetischen Fasern des Landes

auf 1,5 Mio.t, was einem Ausstoß von 1,2 kg pro Kopf der Bevölkerung - ein Zehntel der in den Industrieländern erreichten Höhe - entspricht.

Die neue Anlage von Yizheng wird es China ermöglichen, die Erzeugung von Polyester um über 30% auf 1,6 kg pro Kopf für die Herstellung von zusätzlich 5 Mrd.m Kunststoffgewebe zu steigern. (NfA, 28.3.90) -lou-

*(46)

Engpässe bei einigen Bodenschätzen

Die Volksrepublik China will die Suche nach ihren wirtschaftlich nutzbaren Bodenschätzen intensivieren. Ein im Ministerium für Geologie und mineralische Ressourcen ausgearbeiteter und von der Zentralen Planungskommission genehmigter Plan soll dazu beitragen, daß auch die künftige Versorgung aus eigenen Ressourcen sichergestellt werden kann.

Die nachgewiesenen Reserven vieler Mineralien würde nicht ausreichen, die Nachfrage im Jahre 2000 zu decken, geht aus dem Operation Hunt for Treasures 1989/2000 genannten Programm hervor. Die Durchführung hänge von der Verfügbarkeit staatlicher Gelder ab; daß eine Erhöhung der Quote für geologische Arbeit notwendig werde, sei abzusehen. Ausländisches Kapital soll ebenfalls für das Vorhaben gewonnen werden; durch den Export von Projektierungstechnologie möchte man Devisen verdienen.

Der Plan fordert unter anderem, die Ausbeutung der während der letzten vierzig Jahre verifizierten Vorkommen von Erdöl, Gold und Silber bis zur Jahrhundertwende zu verdoppeln, von Gas um den Faktor 5,8 zu steigern, von Kohle auf ein Zehntel bis ein Achtel und von Kupfer um 13-15%. Die Suche nach Eisen, Chrom, Mangan, Aluminium, Blei und Zink solle sich auf leicht abbaubare Lagerstätten konzentrieren, und nichtmetallische Mineralien müßten für den Einsatz in der Chemie und der Baumaterialindustrie verstärkt entwickelt werden.

Die Nachfrage des Jahres 2000 auf der Basis nachgewiesener Reserven wird im Bereich Energieträger, einschließlich Erdöl, Erdgas, Kohle, Uran, Öl, Schiefer und Erdwärme, auf 1,5 Mrd.t Standardkohle (davon 71% Kohle) geschätzt. Das Angebot an Kohle und Uran werde dann im großen und ganzen dem wirtschaftlichen und privaten

Konsum entsprechen, während es aber bei Erdöl und Erdgas laut Prognose deutliche Engpässe geben könne.

Von den in der Eisen- und Stahlindustrie hauptsächlich zum Einsatz kommenden Mineralien sind Eisen und Mangan reichlich vorhanden. Das Eisenerz sei aber von mehrheitlich milderer Güte, und die Mangan-Lager sind zumindest schwer zugänglich, besagte die Prognose. Für die beiden Rohstoffe wird um die Jahrhundertwende eine Verbrauchsdeckung von rd. 80% angenommen. Chromerz gibt es in Tibet in größerer Menge; dem Abbau stehen jedoch viele Probleme entgegen, so daß eine Importabhängigkeit über das Jahr 2000 hinaus bestehen bleiben wird.

Bei Nichteisenmetallen machen Kupfer, Aluminium, Blei und Zink ca. 95% des Gesamtbedarfs aus. Die nachgewiesenen Vorkommen an Aluminium, Blei und Zink sollten erwartungsgemäß eine ausreichende Versorgung ermöglichen, bei Kupfer fürchtet man eine größer werdende Angebotslücke. Zahlreiche große Kupferlager seien von minderer Qualität und befänden sich zudem in weit abgelegenen Landesteilen.

Die Vorräte der meisten nichtmetallischen Mineralien werden so hoch eingeschätzt, daß damit die Binnennachfrage befriedigt und auch in den Export gegangen werden könne. Kalium dürfte hingegen bei dem derzeitigen Reserverstand gegen die Jahrhundertwende hin noch knapper werden und fortgesetzte Importe notwendig machen.

China will in den nächsten fünf Jahren nach Verlautbarungen aus der Planungsabteilung des Ministeriums für die metallurgische Industrie 5 bis 6 Mrd. Yuan für dreizehn Vorhaben im Eisenerzbergbau aufwenden. Damit soll die Selbstversorgungsrate der Eisen- und Stahlindustrie gesteigert und die Abhängigkeit vom Weltmarkt weiter verringert werden.

Acht neue Minen werden in der Nähe großer Eisen- und Stahlkomplexe wie Anshan und Benxi, Wuhan, Ma'anshan und Taiyuan entstehen. Das Expansionsprogramm betrifft Bergwerke, die u.a. ebenfalls von den Stahlwerken in Anshan, Beijing sowie Unternehmen in der Provinz Hebei und in der Stadt Chongqing betrieben werden. (NfA, 23.3.90) -lou-